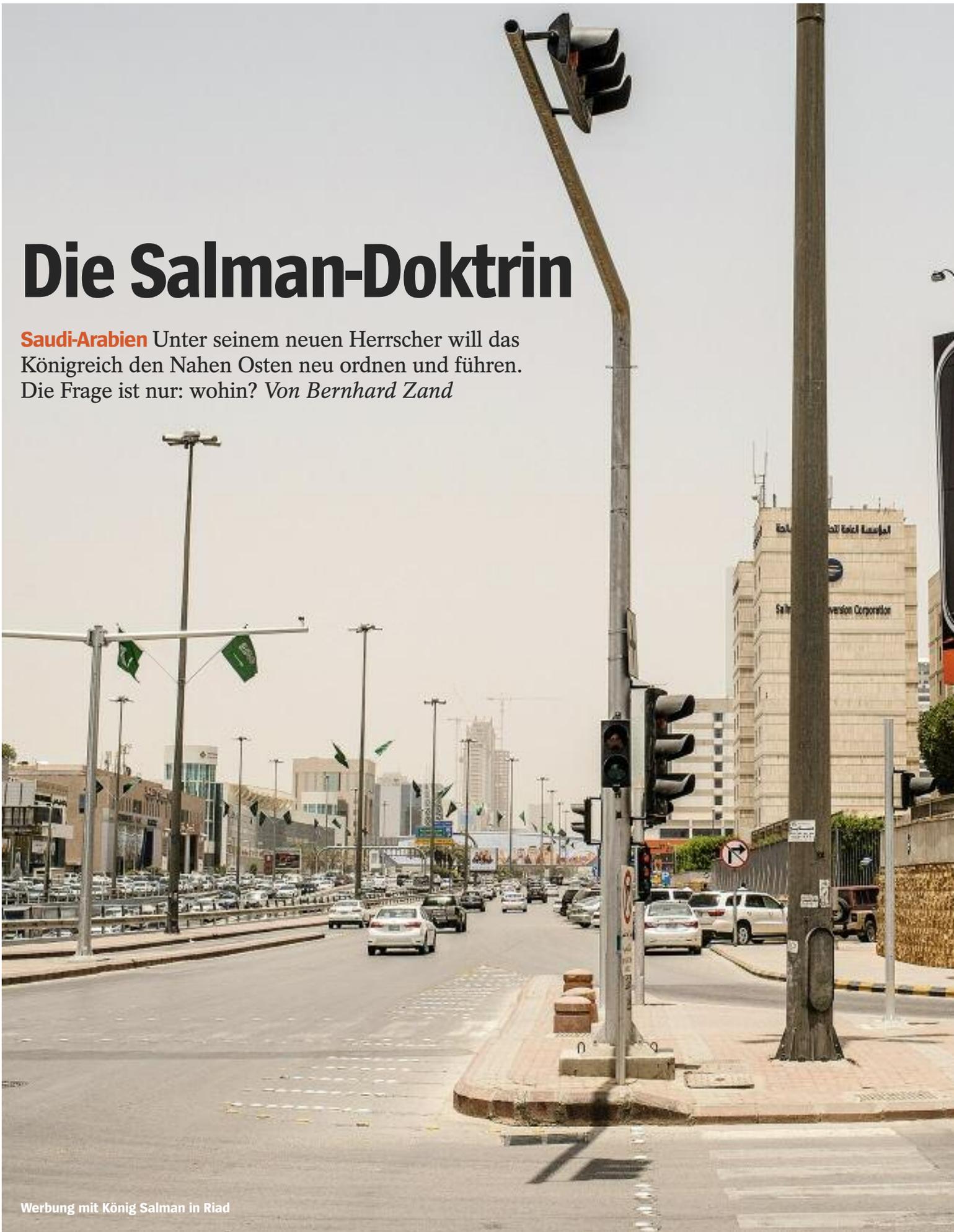


Die Salman-Doktrin

Saudi-Arabien Unter seinem neuen Herrscher will das Königreich den Nahen Osten neu ordnen und führen. Die Frage ist nur: wohin? *Von Bernhard Zand*



Werbung mit König Salman in Riad

KÖNIGREICH IM AUFBRUCH (Teil I)

Quasi-Gottesstaat und Partner des Westens. Twitter-Nation und Reich der unsichtbaren Frauen. Dschihad-Exporteur und Feind der IS-Terroristen. Saudi-Arabien ist ein Königreich der Widersprüche. Wird der neue König Salman sie auflösen? Ein zweiteiliger SPIEGEL-Report über Zustand und Zukunft der einflussreichsten Macht im Nahen Osten.

Die Herrscher Saudi-Arabiens legen keinen großen Wert darauf, „König“ genannt zu werden. Es gibt viele Könige auf der Welt. Lieber nennen sich die Sauds „Hüter der heiligen Stätten“, gemeint sind Mekka und Medina. Das klingt bescheiden, markiert aber einen Machtanspruch, der weit über das Königreich hinausreicht.

Mekka und Medina, das sind die heiligsten Orte der Muslime, wo Menschen aller Kontinente aufeinandertreffen, von Bosnien über Amerika und Nigeria bis Malaysia. 12 Millionen kamen 2010 zur großen und zur kleinen Pilgerfahrt, bald sollen es 20 Millionen sein. Immer größer muss daher die Große Moschee werden. Die Grundfläche, auf der man den Petersdom schon heute mehrfach unterbringen könnte, wird gerade mehr als verdoppelt. Ganze Berge werden abgetragen, um ein Gebäude zum Ruhme des Islam zu errichten – aber auch des Hauses Saud. Der neue Trakt ist nach dem verstorbenen König Abdullah benannt. Der nächste, bereits in Planung, wird den Namen seines Nachfolgers Salman Bin Abdulaziz Al Saud tragen.

Seit einem knappen halben Jahr regiert der neue König. Und der Elan, mit dem er zu Werke geht, wirkt, als wollte er eines Tages selbst neben Saladin in den Geschichtsbüchern stehen, diesem ersten „Hüter der heiligen Stätten“, der im 12. Jahrhundert die Muslime einte, die Kreuzritter vertrieb und Jerusalem eroberte.

In weniger als fünf Monaten hat Salman sein Königreich neu ausgerichtet – und den Anspruch auf eine Führungsrolle im Nahen Osten erhoben. Bislang verbargen die Könige ihre Macht, statt sie zur Schau zu stellen. Still nutzten sie ihren Ölreichtum, um befreundete Gruppen und Regierungen zu unterstützen, still flochten sie ein Netzwerk von Predigern, die ihre radikale Version des Islam in aller Welt verbreiteten.

Heute agiert das einst verschwiegene Reich ohne Zurückhaltung: In Ägypten finanziert es die Generäle, welche die Macht wieder an sich gerissen haben. In Libyen, Syrien und dem Irak unterstützt es bewaffnete Gruppen. Im Jemen hat das Königreich einen Krieg gegen die mit seinem Rivalen Iran verbündeten Huthi-Milizen begonnen. Denn keiner fürchtet eine Hegemonie Irans im Nahen Osten so sehr



FOTO: TOMAS MUNTA / THE NEW YORK TIMES / REDUX / LAF

wie Saudi-Arabien, vielleicht nicht einmal Israel.

Riad spielt in der arabischen Welt eine ähnliche Rolle wie Berlin in Europa, und anders als Angela Merkel scheint dem König jedes Zögern fremd. Doch von seiner Größe, seinem Reichtum und seinem Ehrgeiz abgesehen: Kann Saudi-Arabien dem Anspruch gerecht werden, den sein neuer König erhebt?

Hat diese Führung eine Vision, wie der Nahe Osten befriedet werden kann? Hat sie ein Konzept dafür, wie sich das vom Öllexport abhängige Land in eine moderne Volkswirtschaft verwandeln lässt? Und nicht zuletzt: Hat sie den Mut, ihr archaisches Herrschaftssystem zu öffnen und die Macht der Religiösen zu brechen?

Das sind die Fragen, die sich stellen, in dieser Stunde des Neuanfangs. Auf der Su-

che nach einer Antwort ist es notwendig, dieses riesige Land von allen Seiten zu betrachten und zu durchmessen, von der Grenze zum Jemen bis in die liberale Hafenstadt Dschidda. Von den Lehmbauten der Gründungsstadt Dirija auf die Riesenbaustelle Mekka. Und natürlich in die Hauptstadt Riad, wo die Fäden zusammenlaufen, wo aus Öl und islamischem Fundamentalismus Macht entsteht.

Die junge Generation

Salman Bin Abdulaziz, fast 50 Jahre lang Gouverneur von Riad und dann Verteidigungsminister, wartete nicht einmal die Beerdigung seines Vorgängers Abdullah ab, so eilig hatte er es, das Königreich umzubauen. Noch am Abend des 23. Januar entließ er einflussreiche Mitarbeiter Abdullahs, binnen Wochen tauschte er mehrere Minister aus. Dreieinhalb Monate später ordnete er die Thronfolge neu.

Damit leitete Salman, mit 79 Jahren nicht viel jünger als sein Vorgänger, kränklich und, wie Besucher berichten, „nicht immer bei der Sache“, einen Generationswechsel ein, auf den Saudi-Arabien lange gewartet hatte. Mehr als zwei Drittel der Bevölkerung sind jünger als 30 Jahre. König Abdullah war 90, als er starb. Seine Minister waren im Durchschnitt über 65.

Seit 1953 waren alle Herrscher Söhne des Gründerkönigs Abdulaziz, genannt Ibn Saud. Salman wird der letzte dieser Söhne an der Staatsspitze sein, sein Nachfolger der erste Enkel: Salman entließ seinen Halbbruder Muqrin als Kronprinzen und ersetzte ihn durch seinen Neffen Mohammad bin Naif, 55. Beide gehören zum einflussreichen Sudairi-Zweig, den Nachkom-

men von Ibn Saud und dessen Lieblingsfrau Hassa bint Sudairi. Der neue Kronprinz wurde auch in den USA ausgebildet, er gilt als energischer Innenminister.

Am spektakulärsten war jedoch, dass Salman seinen Sohn Mohammed zum zweiten Kronprinzen ernannte. Der etwa 30 Jahre alte Prinz, heißt es, sei aufbrausend und impulsiv, akzeptiere aber die Autorität seines Cousins, des ersten Kronprinzen. Anders als dieser hat Mohammed bin Salman nicht im Westen studiert; seine Flitterwochen verbrachte er in seinem Lieblingsland Japan. Als er vor einigen Wochen in die USA reiste, nannte Präsident Barack Obama ihn „extrem kenntnisreich“ und „für sein Alter ungewöhnlich weise“. Saudi-Arabiens Presse, die den Königssohn seit Monaten als Heilsbringer feiert, nahm die Zitate dankbar auf.

Der Kronprinz hat eine Machtfülle, die in der jüngeren Geschichte des Königreichs einzigartig ist: Er kontrolliert als Stabschef den Zugang zum König, er leitet den Rat für Wirtschaft und Entwicklung, er ist mit der Aufsicht des Ölkonzerns Saudi Aramco und des staatlichen Investmentfonds betraut.

Vor allem aber ist der junge Kronprinz Verteidigungsminister, er leitet den Einsatz der Luftwaffe, die seit zweieinhalb Monaten Stellungen der Huthi-Milizen im Jemen bombardiert. An Militäreinsätzen hat das Land auch früher teilgenommen, als Bündnispartner der USA im Golfkrieg 1991, als Alliiertes Ägyptens, Jordaniens und Syriens im Sechstagekrieg 1967. Noch nie aber hat das Königreich selbst eine Allianz geschmiedet und einen Krieg begonnen.

Neue Großmacht, alte Ordnung

Tief im Süden des Königreichs, eine Autostunde landeinwärts von der Hafenstadt Dschasan, verläuft mitten durchs Gebirge die Grenze zum Jemen. Seit Anfang April ist der Scharfschütze Abu Ubaid hier auf dem Außenposten Muscharrak im Einsatz. Durch sein Zielfernrohr schaut er auf den mit Sträuchern bewachsenen Hang gegenüber, jenseits der Grenze. Manchmal zieht eine Ziegenherde durch sein Blickfeld, manchmal stapft ein Hirte hinterher, manchmal sieht er am Horizont einen Pickup. Dann macht er Meldung an seinen Postenkommandanten, und der gibt sie an die Luftwaffe weiter. Abu Ubaid hat in diesem Krieg noch keinen einzigen Schuss abgegeben. „Aber ich würde keine Sekunde zögern, es zu tun“, sagt er.

Ende März hat die von Saudi-Arabien angeführte Koalition mit dem Bombardement im Jemen begonnen. Das Ziel ist, die Rebellion der Huthi-Milizen zu stoppen und die zerstrittenen Fraktionen an den Verhandlungstisch zu zwingen. Letzteres zumindest ist gelungen, nun sollen einige der verfeindeten Fraktionen in Genf zu ersten Gesprächen zusammenkommen.



SAUDI-ARABIEN

Einwohner: 30 Millionen

BIP pro Kopf (2014): 24 454 Dollar, zum Vergleich Deutschland: 47 590 Dollar

Bevölkerung: Sunniten, 85–90 Prozent; Schiiten, 10–15 Prozent

Anteil an der weltweiten Ölproduktion: 13 Prozent





Sicherheitskräfte nahe der Grenze zum Jemen: „Wir sind es, die diesen kaputten Nahen Osten reparieren müssen“

Aber in den zehn Wochen seither sind 2000 Zivilisten getötet, ganze Straßenzüge in Sanaa zerstört worden, mehr als eine halbe Million Menschen wurde vertrieben – und die Huthis sind nicht nennenswert geschwächt. Vergangene Woche griffen sogar Rebellen aus dem Jemen Armeeposten an der Grenze an, nicht weit von dem Ort, wo Abu Ubaid stationiert ist. Vier Soldaten wurden getötet.

„Und trotzdem ist dieser Feldzug richtig“, sagt Jamal Khashoggi, Journalist und einer der führenden Intellektuellen des Landes. „Der Jemen-Einsatz zeigt, dass wir führen und Allianzen bilden können.“

Khashoggi lebt in Dschidda, der Hafestadt am Roten Meer, die mit ihren Freeways, Hochhäusern und Shoppingmalls eher Los Angeles gleicht als dem asketischen, konservativen Riad mitten in der Wüste. In der Hauptstadt tragen die Frauen schwarze Abajas, das Leben findet zu Hause statt oder in der Moschee, doch hier in Dschidda gibt es Beachklubs, und aus den Autos an der Corniche wummert Hip-Hop. Dschidda ist lebenshungrig und kreativ, die Einwohner sind moderner und welt-offener als ihre Landsleute in Riad. Was aber nicht bedeutet, dass sie am Führungsanspruch ihres Königs zweifeln.

Zu lange, sagt Jamal Khashoggi, habe Riad seine Verantwortung im Nahen Osten vernachlässigt: „Wir haben uns immer nur beschwert, wenn etwas schiefging. Nach

dem Ausbruch des Arabischen Frühlings dachten wir, jemand anderes werde für uns die alte Ordnung wiederherstellen.“ Doch nun ziehe sich Amerika aus der Region zurück und Iran stifte Unfrieden vom Libanon bis Bahrain, von Syrien bis Jemen. Daher sei eine neue Ordnungsmacht gefragt, sagt Khashoggi: „Wir sind es, die diesen kaputten Nahen Osten reparieren müssen.“

In einem viel beachteten Essay hat er diesen Gedanken auf eine griffige Formel gebracht – die Salman-Doktrin: Das Königreich, von einer energischen neuen Staatsspitze angeführt, beende das Zeitalter der arabischen Larmoyanz und richte die Region neu aus, vor allem dränge es den schiitischen Iran zurück. Der Jemenkrieg sei das erste Beispiel für die Salman-Doktrin.

Schon vor Jahren habe er vorgeschlagen, mit der Türkei eine Allianz zu schmieden, um den Bürgerkrieg in Syrien zu beenden, sagt Khashoggi. „Damals hat man mich als ‚General Khashoggi‘ ausgelacht. Ob wir auf dem Rückweg nach Palästina befreien wollten, fragte mich einer. Heute lacht keiner mehr.“ Unter Salman ist eine ähnliche Allianz gerade Wirklichkeit geworden.

Was aber ist das strategische Ziel der Ordnungsmacht Saudi-Arabien? Und wie soll dieser neu geordnete Nahe Osten aussehen? Diese Frage kann auch Khashoggi nicht beantworten.

Fest steht, dass Riads Zerwürfnis mit Teheran tiefer reicht denn je. Das Königreich

mag seinen Einfluss unter den ausschließlich sunnitischen Mitgliedern seiner Militäralianz gefestigt haben. Den Konflikt mit Iran hat der Jemenkrieg aber verschärft und damit den konfessionellen Graben vertieft, der mitten durch den Nahen Osten läuft. Das ist auch ein Problem für den Rest der Welt, denn solange Sunniten und Schiiten, solange Saudi-Arabien und Iran nicht miteinander reden, wird es keinen Frieden geben.

Öl für die Welt

Ebenso wenig wird die arabische Welt aus ihrer tiefen Krise finden, solange sie zu den rückständigsten Regionen der Welt gehört, solange dem extremen Reichtum der Golfstaaten die Armut in Nordafrika, die Hoffnungslosigkeit in großen Teilen der Levante und die humanitäre Katastrophe im Jemen und in Syrien gegenüberstehen.

Saudi-Arabien, dessen Pro-Kopf-Einkommen über dem vieler europäischer Staaten liegt, hatte lange keinen Grund, über sein Wirtschaftsmodell nachzudenken. Seine Führung wurde nicht vom Arabischen Frühling hinweggefegt, sie wurde nicht einmal herausgefordert wie in den Nachbarstaaten Bahrain und Oman – wohl vor allem, weil die Herrscher den Wohlstand des Landes mit patriarchalischer Geste über das ganze Land verteilten. Der Deal lautete: Gefolgschaft gegen Geld.

Doch dieser Gesellschaftsvertrag stößt längst an seine Grenzen: Die Bevölkerung,

heute knapp 30 Millionen Menschen, wächst rasant; 2050 könnten es 45 Millionen sein. Gleichzeitig ist der Ölpreis in den vergangenen sieben Jahren von 140 auf 60 Dollar pro Barrel gesunken. In Nordamerika wird inzwischen Schieferöl gefördert, und Iran könnte auf den internationalen Ölmarkt zurückkehren – mit einem nachhaltigen Anstieg der Preise ist nicht zu rechnen. Doch Riad braucht für einen ausgeglichenen Staatshaushalt einen Ölpreis von rund 100 Dollar. Welche Antwort hat die neue Führung auf diese Herausforderung?

Gemessen an seiner Bedeutung ist das Ölministerium in Riad ein unauffälliges Gebäude: ein zweckmäßiges Hochhaus, dessen Fassade an die Spitzbögen islamischer Sakralbauten erinnert. Wären die Fahrstuhlschächte im Inneren nicht Bohrtürmen und die Kabinen Ölfässern nachempfunden – es könnte sich um eine Bank oder ein Krankenhaus handeln.

In einem großen Eckbüro residiert Ibrahim al-Muhanna, ein enger Berater des Ölministers Ali Naimi. Anders als sein Minister, der mit nur einem Wort an den Rohstoffmärkten mitunter Milliarden in Bewegung setzt, kann er freier reden. Der Beamte ist ein guter Gesprächspartner für die Frage, welchen Weg sein Land unter dem neuen König einschlagen wird, schon weil Öl auch immer Politik ist.

„Die Amerikaner ziehen sich aus dem Nahen Osten zurück. Sollten sie in der Region ein Vakuum hinterlassen, dann wird es jemand anderes füllen“, sagt Muhanna. Drei Staaten, sagt er, kämen dafür infrage: die Türkei, Iran, Saudi-Arabien. Im Augenblick sei das Königreich am stärksten,

weil es die meisten Bündnispartner habe. Was er wohl meint, aber nicht ausspricht: Der Westen könne sich ja überlegen, mit wem er lieber zusammenarbeiten wolle.

Der Beamte ist Mitte sechzig, er hat so viele Kriege und Krisen erlebt, dass ihn das Chaos in Syrien, der Zerfall des Irak und Ägyptens Niedergang nicht erschüttern. An seiner Weltsicht, sagt er, habe sich nichts geändert: Der Nahe Osten könne noch so tief ins Chaos stürzen, Saudi-Arabien bleibe stabil. „Seit 60 Jahren beliefern wir die Welt mit Öl. Europas Bedarf geht zurück, und Amerika hat seine Schieferölreserven entdeckt, aber dafür wachsen unsere Märkte in China, Indien, Indonesien.“ Drei Viertel der Ölexporte gingen nach Asien.

Auch dem Ölministerium steht ein Generationswechsel bevor, der viertgeborene Sohn König Salmans gilt als möglicher Nachfolger des seit 1995 amtierenden Ministers. Dass Saudi-Arabien sein Geschäftsmodell – Öl für die Welt – grundsätzlich ändern, dass es seine Abhängigkeit vom Öl reduzieren wolle, das wurde immer wieder angekündigt und doch nie erfüllt. 90 Prozent der Staatseinnahmen stammen nach wie vor aus dem Ölexport.

Bis heute arbeiten rund acht Millionen Ausländer im Land, ein Drittel der Bevölkerung, ohne sie ginge so gut wie nichts. Bis vor einigen Jahren war eine Mehrheit der Saudi-Araber beim Staat angestellt, doch inzwischen kann sich das Königreich die vielen Beamten kaum noch leisten. Viele Junge sind arbeitslos, während die Älteren in prächtigen Behörden und Regierungspalästen sitzen.

Die neuen Nachbarländer haben ihre Volkswirtschaften modernisiert und ihre

Abhängigkeit vom Öl gelöst. Die Vereinigten Arabischen Emirate setzen auf Logistik, Luftfahrt und Handel, der Oman und Katar auf Tourismus.

In Saudi-Arabien gibt es einsame Strände, wunderschöne Wüsten und antike Sehenswürdigkeiten – doch genutzt und vermarktet wird all das kaum. Zwar investiert das Land Milliarden Dollar in Infrastruktur, es will eine Industrie aufbauen und ausländische Firmen anlocken. Aber die Entwicklung steht am Anfang, die bürokratischen Hürden sind hoch. Saudi-Arabien könnte noch lange vom Öl abhängig sein.

„Seit Jahrzehnten wird vom Ende des Ölzeitalters gesprochen“, sagt Muhanna, der Beamte im Ölministerium. „Ja, eines Tages wird das kommen, aber nicht in den nächsten 10, 20 Jahren.“ Der letzte Tropfen Öl, er werde aus seiner Heimat sein. Es ist eine Botschaft der Zuversicht. Eine Botschaft des Aufbruchs ist es nicht.

Der giftige Pakt

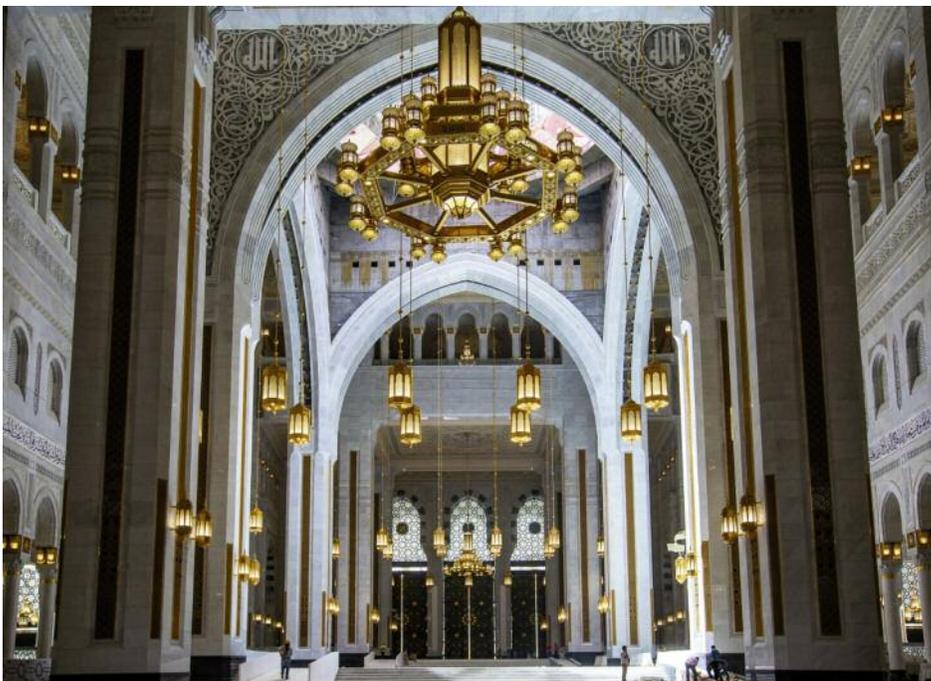
Es ist ein Frühlingstag rund drei Monate nach seiner Thronbesteigung, als König Salman nach Dirija am Rand von Riad kommt. Dirija war die erste Hauptstadt des saudischen Staates, seit fünf Jahren ist sie Unesco-Welterbe. Salman verkündet an diesem Tag, dass er Millionen dafür ausgeben wird, die alten Lehmhäuser von Dirija wieder aufzubauen. Insgesamt eine halbe Milliarde Dollar soll veranschlagt sein. Wenn die generalüberholte Museumsstadt in zwei Jahren eröffnet wird, sollen Zehntausende Besucher hierherkommen.

Während Mekka für die überirdische Verbindung steht, die das Königreich ausmacht, wurde in Dirija der irdische Pakt geschlossen, der es zusammenhält.

In Dirija verbündete sich der Stamm der Saud vor rund 270 Jahren mit dem Clan eines gewissen Mohammed Bin Abd al-Wahhab. Dieser war ein einflussreicher Prediger, der alles, was von seiner strikten Auslegung des Koran abwich, zu Teufelswerk erklärte: Er verbot den Gläubigen, Musik zu hören, Heilige zu verehren oder Denkmäler anzubeten. Auf ihn geht der Wahhabismus zurück, die rigide Staatsdoktrin und die Kultur des „takfir“, die alle zu Ungläubigen erklärt und verfolgt, die sich an diese Regeln nicht halten. Das ist der giftige theologische Kern, der den Wahhabismus mit Terrorgruppen wie al-Qaida oder dem „Islamischen Staat“ verbindet.

Bis heute ist dieser Pakt die Grundlage des Königreichs: Die Familie der Saud stellt das weltliche Establishment, die Ideologie des Wahhabismus prägt die geistliche Elite. Nicht einmal der Schock der Anschläge vom 11. September 2001 oder die Tatsache, dass 15 der 19 Attentäter Saudi-Araber waren, konnten das Bündnis sprengen.

Wenn westliche Politiker oder Menschenrechtler das Königreich kritisieren,



Große Moschee in Mekka: Ein Gebäude zum Ruhme des Islam – und des Hauses Saud



Monarchiekritiker Awaji: „Ich bin ein Wahhabit“

dass Christen dort keine Kirchen bauen, ja nicht einmal christliche Symbole offen tragen dürfen, dann greifen Saudi-Arabiens Diplomaten gern zu einem Vergleich: Ihr Land, sagen sie dann, sei kein Land im herkömmlichen Sinne. Als Heimstatt der beiden heiligen Moscheen müsse man Saudi-Arabien am Vatikan messen. So sieht sich das Land, und es duldet so gut wie keinen Dissens. Nicht nur Christen, selbst Angehörige muslimischer Gruppen, die nicht dem Islamverständnis der Wahhabiten entsprechen, müssen sehr vorsichtig sein.

Auch jedes vom Konsens abweichende Verhalten wird streng sanktioniert, die Geschlechtertrennung ist Staatsräson. Dabei gibt es mittlerweile eine Vielfalt der Lebensentwürfe unter jungen Saudi-Arabern. Weil sie durch die Welt reisen, im Internet aktiv sind und Satellitenfernsehen schauen – und nicht mehr verstehen, warum in ihrer Heimat verboten ist, was in muslimischen Ländern wie Ägypten oder Indonesien erlaubt ist.

Vielfalt zulassen, das heißt auch Abschied nehmen von der Eindeutigkeit der wahhabitischen Lehren. Das erfordert den Mut, sich mit den Religiösen anzulegen.

Doch König Salman macht keine Anstalten, am Pakt von Dirija zu rütteln, im Gegenteil. Sein Vorgänger Abdullah war ein vorsichtiger Reformier, der die Modernisierung des Erziehungswesens und die Bildung der Frauen förderte. Er hatte zwei der radikalsten Rechtsgelehrten gefeuert, die sich gegen Reformen stemmten; einer hatte sogar die Ermordung „unmoralischer“ Fernsehmacher befürwortet. Salman hat beide Rechtsgelehrte rehabilitiert.

Er hat einen Erzkonservativen zum Chef der Religionspolizei ernannt, den Hü-

tern des Wahhabismus. Die Zahl der Hinrichtungen ist unter Salman sprunghaft gestiegen, seit Anfang des Jahres wurden mindestens 90 Menschen geköpft, etwa so viele wie im gesamten Vorjahr. Und auch die drakonische Strafe für den Blogger Raif Badawi, wegen „Beleidigung des Islam“ zu zehn Jahren Haft und 1000 Peitschenhieben verurteilt, wurde gerade bestätigt.

Salman, sagt ein Berater des alten Königs süffisant, wolle „das Zelt wieder vergrößern, sodass alle ein Dach über dem Kopf haben“. Dieses Zelt scheint allen Obdach zu bieten, die lieber in der Vergangenheit nach Lösungen für die Zukunft suchen.

Königreich der Widersprüche

Wie schwierig, ja widersprüchlich der Pakt mit den Wahhabiten ist, macht auch ein Besuch bei Mohsen al-Awaji deutlich. Im Büro seines Hauses am Stadtrand von Riad besteht eine ganze Wand aus zwölf großen Bildschirmen. In Echtzeit und aus jedem Winkel übertragen sie, wer sich dem Haus nähert. „Ich will schließlich vorbereitet sein“, sagt Awaji, „wenn sie mich wieder abholen kommen.“

Sie haben ihn schon oft abgeholt, mal für zwei, mal für drei Monate. Insgesamt hat Awaji mehrere Jahre im Gefängnis gesessen, zuletzt elf Tage, als die Generäle in Ägypten die Muslimbrüder von der Macht verjagten. Awaji, ein bärtiger Mann mit grimmigem Humor, sympathisiert mit der Muslimbruderschaft. Nicht nur er, auch andere im Königreich teilten deren Forderungen: „Wir wollen ein gewähltes Parlament, eine unabhängige Justiz und eine gerechtere Verteilung des Vermögens.“ Vielleicht stehe am Ende eine konstitutionelle Monarchie. „Wir sind eine Stammesgesellschaft, deshalb brauchen wir zurzeit

die königliche Familie“, sagt er. „Aber das heißt nicht, dass wir sie lieben.“

Awajis Ideen sind gefährlich für das Königshaus, vor allem, wenn er sie wie so oft im Fernsehen verkündet. Denn Saudi-Arabien ist eine absolute Monarchie, der König entscheidet über Außen- wie Innenpolitik, er ernennt die Mitglieder der Schura, der Beratenden Versammlung. Die Justiz ist in der Hand der Geistlichkeit.

Und doch ist Mohsen al-Awaji ein Teil des Systems, mit all seinen Widersprüchen. Er kritisiert das Königshaus, und zugleich bekennt er sich zu dem religiösen Fundament, auf dem das Reich steht. Er sagt über sich: „Ich bin ein Wahhabit.“

Seit Anfang der Achtzigerjahre sammelte er als Prediger Geld für die Mudschahidin in Afghanistan, auch für Osama Bin Laden. Inzwischen überzeugt er im Auftrag der Behörden Dschihadisten, sich der Polizei zu stellen. Er ist ein weit gereister Geschäftsmann, einer, den westliche Diplomaten treffen, um zu verstehen, wie viele Saudi-Araber denken. Wie passt das alles zusammen?

Das ist schwer zu erklären, auch für Awaji. Seine Landsleute, vor allem die Söhne traditioneller Familien, sagt er, seien verwirrt. „Jahrelang hat man ihnen gepredigt, wie ehrenvoll es sei, gegen die Ungläubigen in den Dschihad zu ziehen, gegen die Feinde des Islam.“ Nach dem 11. September kam die Kehrtwende. „Nun sollten wir plötzlich den Mund halten, als US-Piloten mit ihren ‚Apache‘-Helikoptern junge Iraker wie die Enten jagten. Nun sollen wir schweigen, wenn die Perser und ihre Agenten unsere sunnitischen Brüder verfolgen, in Damaskus Giftgas einsetzen, auf Homs Fassbomben abwerfen und sie in Sanaa aus ihren Häusern vertreiben?“

Aus solchen Widersprüchen, sagt Awaji, schlug einst al-Qaida ihr Kapital – und heute macht es der „Islamische Staat“. Hunderte, vielleicht Tausende Saudi-Araber haben sich der Terrormiliz in Syrien und im Irak angeschlossen, und inzwischen richten sie sich auch gegen das Königreich selbst. Ende Mai griffen Selbstmordattentäter im Osten des Landes zwei schiitische Moscheen an, fast 30 Menschen starben.

Eines Tages, sagt Awaji, werde der König all das überwinden müssen: „Saudi-Arabien ist Mitglied der internationalen Gemeinschaft, und das ist gut so. Doch dieser Staat ist auf einer Basis gegründet worden, die nicht die Basis der internationalen Gemeinschaft ist: der des reinen Islam.“ Er beneide die neue Führung nicht um die Aufgabe. „Ich wüsste nicht, wie man diesen Widerspruch auflöst.“

Im nächsten Heft: Frauen drängen auf den Arbeitsmarkt und in die Öffentlichkeit – und stellen das Königreich auf den Kopf. Aber können sie das erstarrte System verändern?